

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

POA

OBERBÜRGERMEISTER	
15. NOV. 2017	
I/II	1 Zur Ken.
2 z.w.V.	3 Zur Entscheidungnahme
	4 Antrag vor Absen- dung vorlegen
	5 Antrag zur Unter- schrift vorlegen

M

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg**

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 15.11.2017

Elektronische Zeiterfassung für städtische Mitarbeiter

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 17.03.2015 beschloss der Personal- und Organisationsausschuss gegen die Stimme von Bündnis 90/Die Grünen die Umsetzung der Pilotphase der Elektronischen Zeiterfassung (ELAZ). Bereits zu diesem Zeitpunkt war das Projekt umstritten. Der PR formulierte damals in seiner Stellungnahme „Wir sind nach wie vor der Meinung, dass wir ein gut funktionierendes und bewährtes Arbeitszeiterfassungssystem haben. Das u.a. in der Präambel der Dienstvereinbarung genannte Ziel der Reduzierung der Fehlerquote bei der Arbeitszeiterfassung ist für uns nicht nachvollziehbar, da es nach unserem Wissensstand keine entsprechenden Auswertungen gibt. Dem Wunsch der Stadtverwaltung, effiziente, moderne und zeitgemäße Instrumente des Personalmanagements bei der Stadt Nürnberg zu etablieren, verschließen wir uns natürlich nicht. Aufgrund der damit verbundenen immensen Kosten sehen wir jedoch hinsichtlich einer zeitnahen Umsetzung keine unmittelbare Notwendigkeit.“

Diese Argumente waren auch bei uns für die Ablehnung entscheidend, es handelte sich immerhin um einen Kostenrahmen bei Einführung um ca. 570.000 €, im Endausbau 3.512.800 € und dauerhafte Kosten von 70.400 € pro Jahr (Stand POA 24.02.2015).

Der im letzten „betrifft....“ erschienene Artikel wirft nochmals ein ganz anderes Bild auf das Projekt ELAZ. Die anonyme Befragung ergab ein geteiltes Echo mit der grundsätzlichen Aussage, dass die Arbeitszufriedenheit sinkt. Die befragten Beschäftigten fühlen sich gegängelt und in ihrer eigenen Kompetenz zur Aufgabenerledigung beschnitten. Das ursprüngliche Vertrauensverhältnis bei Erfassung der Arbeitszeit ist in ein Misstrauensverhältnis umgeschlagen, da offensichtlich die Kontrolle im Vordergrund steht. Wichtig wäre es aber unseres Erachtens auch schon bei der Entscheidung gewesen, den Fokus vor allem auf bessere und einfachere Strukturen bei der organisatorischen Erfassung zu legen.

Im Beschluss des POA vom 17.03.2015 wurde die Bekanntgabe der Evaluierung im Ausschuss mit aufgenommen. Diese ist bisher nicht erfolgt.

Vor diesem Hintergrund stellen wir zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

Wir bitten

1. um Präsentation der Evaluierungsergebnisse
2. um eine Information über das weitere Vorgehen zu geplanten Veränderungen, die die Zufriedenheit der Beschäftigten erhöhen
3. um grundsätzliche Informationen zur weiteren Einführung

Mit freundlichen Grüßen



Elke Leo
Stadträtin